

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Verabreichung zu Hause 3 RM. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Wilsdruffer Straße 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstadt Dresden, Wilsdruffer Straße 10. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 205. — 86. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 2. September 1927

Rettet die Ernte!

Das mehrwöchige Wetter dieses Jahres läßt Befürchtungen für die diesjährige Ernte aufkommen. Schon im Vorjahre hatten die Naturgewalten in großen Teilen Deutschlands vielfach Missetaten oder doch Schäden an dem zuerst so verheißungsvoll aussehenden Erntertrag verursacht. Schließlich stellte sich der Schaden doch nicht als so groß heraus, wie anfänglich befürchtet wurde, war aber immerhin noch groß genug. Es ist zu hoffen, daß sich auch in diesem Jahre nicht alle Befürchtungen bewahrheiten werden, die man jetzt noch hegen muß.

Aus verschiedenen Gegenden sind von der Landwirtschaft dringende Rufe nach einer schnellen Erntehilfe ergangen. In einigen hat man schon Militär in Bereitschaft stellen müssen. Diese Rufe haben auch die Parlamente aufgegriffen und es sind schon Anträge gestellt worden, bestimmte Gebiete als Notstandsgebiete zu erklären. Allerdings haben die Vorkommnisse, da noch immer Parlamentssitzungen sind, dazu noch keine Stellung nehmen können. Es ist jedoch anzunehmen, daß diese Anträge sofort nach Beginn der Parlamentsarbeiten mit Vorrangstellung erledigt werden.

Bei diesen Auseinandersetzungen dürfte es nicht ausbleiben, daß man sich über Abhilfsmittel unterhalten wird, um in Zukunft die durch das Wetter verursachte ungünstige Lage der Landwirtschaft nicht noch weiter zu verschlimmern. Der Landwirtschaft wurde von einigen Seiten gesagt, der Appell an das Militär wäre vielleicht nicht notwendig gewesen, wenn rechtzeitig Anhalten getrieben worden wären, stets die notwendige Arbeiterzahl in der Landwirtschaft zur Verfügung zu haben. Dann wären genügend Kräfte vorhanden gewesen, auch in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne zwischen zwei Regenperioden die Ernte zu bergen.

Damit wird die Arbeiterfrage überhaupt berührt, die stets ein Schmerzenskind auf dem Lande gewesen ist. Dies war schon vor dem Kriege so. Damals konnten die sogenannten Sachengänger einen gewissen Ausgleich bringen. Aber der Knack dieser Arbeitskräfte sieht nicht mehr so wie früher. Auch das ist mit einer Folge des Kriebersvertrages mit seiner Neugestaltung der Grenzen im Osten, die uns außer dem Getreideüberschußland auch noch einen großen Teil der landwirtschaftlichen Hilfskräfte nahm.

Bei der ganzen heutigen Finanzlage kann der Landwirt sich unmöglich stets einen großen Stab von Arbeitern halten. Die Landwirtschaft ist mehr als jeder andere Betrieb auf Saisonarbeit angewiesen, so daß zeitweilig großer Arbeiterbedarf eintritt. Nichts wäre da geeigneter, als die produktive Erwerbslosenfürsorge in Tätigkeit treten zu lassen. Ein großer Teil der Erwerbslosen und besonders der städtischen geht aber nicht auf das Land. Es würde zu weit führen, hier auf alle Ursachen dieser Erscheinung einzugehen. Es genügt, sie zu konstatieren. Das allein führt schon zu dem Schluß, daß alles getan werden muß, hier Wandel zu schaffen. Der Landwirt hat mit städtischen Arbeitern öfter keine guten Erfahrungen gemacht, so daß er vielleicht gegen diese eine gewisse Abneigung hat. Bei der ganzen Lebenshaltung der städtischen Arbeiter ist die Unkenntnis von landwirtschaftlichen Dingen aber zum Teil erklärbar. Das sollte man sich schließlich überall sagen und deshalb der Tatsache Rechnung tragen, daß die Arbeit eines Städtlers auf dem Lande zunächst nicht so erfolgreich sein kann als die eines Mannes, der stets auf dem Lande gelebt hat. Hier heißt es, Geduld haben und auf beiden Seiten den guten Willen zum Ausgleich der Gegensätze zu zeigen.

Fragen der Landwirtschaft sind mehr als alle anderen solche, die das gesamte Volk angehen. Es genügt da nur ein Blick auf die Handelsbilanz. Jede Ernteverschlechterung übt auf diese einen großen Einfluß aus. Das an unserer Ernte Fehlende müssen wir im Auslande kaufen. Die großen Summen des Vorjahres sprechen in dieser Beziehung eine beredte Sprache und ermahnen uns ständig, hier nichts unversucht zu lassen, um unsere Landwirtschaft auf eine immer höhere Stufe zu bringen. Dabei spielt nun die Arbeiterfrage eine besonders wichtige Rolle. Hier ist zuerst der Hebel anzusetzen. Gegen Naturgewalten sind wir ohnmächtig. Wir können aber durch geeignete Maßnahmen wenigstens erreichen, daß die Witterschäden nicht noch durch organisatorische Mängel im Staate vergrößert werden.

Hilfsmaßnahmen in Württemberg.

Die württembergische Regierung hat infolge der schweren Schädigung der Ernte verschiedene Maßnahmen in die Wege geleitet. Zunächst soll die Reichswehrdivision V zu den Erntearbeiten herangezogen werden. Zwecks künstlicher Erzeugung des Getreides wurde ein Abkommen mit Brauereien und teilweise stillgelegten Molkereien geschlossen. Die Beschaffung zinsloser Darlehen bzw. zinsloser Stundung der zurückzahlenden Rentenkont- und Dingerkredite will die Regierung fördern. Auch Steuererleichterungen, und zwar in Gestalt von zinsloser Stundung der Landes- und eventuell auch der Reichsteuern, sollen in Erwägung gezogen werden.

Danziger Fragen in Genf.

Beginn der 46. Ratstagung.

Polen und Danzig.
In Genf ist am Donnerstag die 46. Ratstagung unter dem Vorsitz von Villegas-Chile eröffnet worden. Die Sitzung war geheim. Die einzige neue Erscheinung im Rat ist der chinesische Gesandte aus Lissabon, Wang: Frankreich wird durch Paul-Boncour und Polen durch Sosal (der polnische Außenminister ist erkrankt) am Ratstisch vertreten.

Neben der Festsetzung der Tagesordnung und Regelung einiger administrativer Fragen war die Sitzung vorwiegend einigen Anträgen Danzigs gewidmet. Senatspräsident Salm war infolgedessen bei diesen Verhandlungen zugezogen. Es handelte sich dabei im wesentlichen um zwei Fragen: um die Forderung Danzigs auf Beendigung eines am 8. Oktober 1921 abgeschlossenen provisorischen Abkommens, das Polen die Berechtigung verleiht, den Hafen von Danzig als Anlegeshafen für seine Kriegsschiffe solange zu benutzen, wie es über keinen eigenen ausreichenden Hafen verfügt. Danzig erklärt nunmehr, daß der polnische Kriegshafen von Gdingen hinreichend ausgebaut sei, um dieses Provisorium entbehrlich zu machen. Gegen den polnischen Protest wurde nach einer Debatte, an der u. a. die Vertreter Deutschlands, Frankreichs und Italiens teilnahmen, beschlossen, diese Frage auf der Tagesordnung zu belassen.

Die zweite Frage betrifft die Verlegung des polnischen Munitionsdépôts von der Westküste im Sinne der bereits auf der Junitagung des Völkerbundes diskutierten Anträge. Da hierbei die grundsätzliche Frage aufgeworfen wird, ob eine stärkere Entschärfung des Rates anforderbar werden soll, und zwar diejenige vom 14. März 1927, so wurde beschlossen, zunächst ein Komitee einzusetzen, zu dem jedes Ratmitglied einen Juristen entsenden kann. Der sachliche Teil des Danziger Antrages wird dann im Falle einer Klärung dieser Grundfrage in beabsichtigtem Sinne anschließend zur Verhandlung kommen.

Die nächste Sitzung ist auf Freitag angesetzt und wird gleichfalls zunächst nicht öffentlich sein. Die weitere Tagung wird vor allem der Prüfung der seit der Junitagung des Rates vom Völkerbund geleisteten Arbeit gewidmet sein. Der Rat wird zu entscheiden haben, welche Folgen den Beschlüssen verschiedener Völkerbundkommissionen gegeben und inwiefern den Schlichtungsgerichten internationaler Konferenzen entsprochen werden kann, die seit der letzten Zusammenkunft getagt haben. Er wird weiter beschließen müssen über die Form, welche der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes gegeben werden soll. Daneben wird sich der Rat beschäftigen mit einer Anzahl Begehren, die ihm von

Regierungen von Mitgliedstaaten vorgelegt wurden, insbesondere mit dem Begehren der griechischen Regierung nach einer amtlichen Interpretation der Artikel 190 und 192 des Verfallener Vertrages betreffend das Verbot, nach welchem Deutschland seine Kriegsschiffe und sein Material für Kriegsmarinen bauen und ausführen darf.

Vanderveelde aus Genf abberufen.

Brüssel, 1. September. Das Telegramm, das Vanderveelde nach Brüssel zurückrief, hat ihn erst in Genf erreicht, wohin er bereits abgereist war. Dies erklärt, warum Vanderveelde trotz allem in Genf erschienen ist. Vanderveelde wird heute Freitag in Brüssel erwartet und noch am gleichen Nachmittag an dem angelegten Ministerrat teilnehmen. In dieser Sitzung wird über die Fankteur-Enquete und die Geschäftsordnung der hierfür eingesetzten Kommission Beschlüsse gefaßt werden.

Griechenland kandidiert für die Wahl in dem Völkerbundsrat.

Genf, 1. September. Der griechische Außenminister Politis hat heute dem Völkerbund offiziell die Mitteilung zugehen lassen, daß Griechenland seine Kandidatur zu der bevorstehenden Wahl in den Völkerbund ausstellt. Damit kandidieren bisher auf die durch das Ausschneiden der Tschechoslowakei freierwerdende Ratssitze Finnland, Dänemark, Griechenland und Portugal. Die besten Chancen dürfte jedoch nach Auffassung in Völkerbundkreisen gegenwärtig Dänemark haben, da die Kandidatur Finnlands bei vielen Staaten auf erheblichen Widerstand stößt.

Vertagung der Abrüstungs-Debatte?

Genf, 1. September. Wie heute gerüchelt wurde, soll bei der gestrigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Briand in Paris eine Vereinbarung zwischen den beiden Außenministern erzielt worden sein, die zum November einberufene Session der vorbereitenden Abrüstungskommission des Völkerbundes aus unbestimmter Zeit zu vertagen.

Argentinien und der Völkerbund.

London, 1. September. Der argentinische Außenminister Gollardo gab heute bekannt, daß Argentinien die Einladung der Völkerbundskommission für Verbindungs- und Transitfragen angenommen hat. Er fügte aber hinzu, daß die Entscheidung der Regierung keineswegs bedeute, daß Argentinien gewillt sei, dem Völkerbunde wieder beizutreten.

Kreuz und quer über den Ozean

Neuer Abflug aus Amerika.

Befürchtungen wegen Hamiltons Flugzeug.
Obwohl von Kanada aus alle auf dem Atlantik befindlichen Schiffe alarmiert worden sind, Ausschau nach dem englischen Flugzeug „St. Raphael“ zu halten, ist es seit der Überquerung Irlands nicht gelungen, irgend etwas über das Flugzeug zu erfahren. Normalerweise hätte es bereits am Donnerstag morgen über Neufundland sein müssen. Die Flieger haben Benzin für nur 43 Stunden bei sich. Der Testimonium der Bevölkerung am Landungsplatz in Ottawa begann bei der Verschlechterung der Witterung nachzulassen.
Sir John Carding, der mit seinem Gindecker bereits einmal von London in Ontario aus den Atlantik zu über-

Während das Tiefdruckgebiet im Raume zwischen Grönland und Irland sich weiter verlagert, dringt von der Mitte des Ozeans her der hohe Luftdruck ostwärts vor. In der Tiefdruckrinne, die über dem Osten der Vereinigten Staaten liegt, hat sich ein Teufel entwickelt, das in weiterer Ausbildung begriffen ist. Auf seiner Rückseite wehen fürmische nördliche Winde.
Am Nordabhang des mittellatlantischen Hochs ist offenkundig eine wechsellagige Luftströmung erkennbar, die 30 bis 40 Kilometer Stundengeschwindigkeit erreicht. Infolgedessen ist für einen Flug von Europa nach Nordamerika noch immer kräftiger Gegenwind auf der ganzen Strecke vorhanden, das Wetter also noch nicht günstig.

Von Konstantinopel weitergeflogen.

London, 1. September. Die amerikanischen Weltflieger Schlee und Bröck sind heute mit ihrem Flugzeug, der „Stolz von Detroit“, von Konstantinopel nach Aleppo weitergeflogen.

Auf dem Bromberger Flugplatz ist während eines Probefluges ein polnisches Militärflugzeug aus etwa dreißig Meter Höhe abgestürzt. Der Pilot ist leicht, der Mechaniker schwer verletzt.
In Orléans (Frankreich) hat sich ein neues Flugzeugunglück ereignet. Der Kommandant der dortigen Militärfliegerabteilung, ein Leutnant, stürzte bei einem Übungsflug aus hundert Metern tödlich ab.

Fliegerkehrung für Hindenburg.

München, 2. September. Am Donnerstag vormittag starteten 10 Flugzeuge der Verkehrsfliegerschule in München in Schleifhelm zu einem Fluge nach Dietramszell, wo sie über dem Schloß eine Huldigungsadresse für den Reichspräsidenten abwarfen.



Oberst Winchin, Prinzessin von Löwenstein-Wertheim, Hauptmann Hamilton

queren versuchte, ist nun zum zweitenmal nach England gestartet. Es befinden sich zurzeit zwei Flugzeuge in entgegengesetzter Richtung über dem Ozean.